

Ersteinst
Wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz)
Verlag
Verlagsbuchhandlung
Gottlinger-Zürich.
Verkäufungen
franco gegen franco.
Wöchentliche Briefe
nach der Schweiz kosten
Taschengeld.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postbüreau, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegen genommen und zwar zum
vorwärts zahlbaren
Vierteljahrspreis von:
Fr. 2.— für die Schweiz (Kreuzband)
Fr. 3.— für Deutschland (Gouvernt)
Fr. 1. 70 für Oesterreich (Gouvernt)
Fr. 2.50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kreuzband).

Inserate
Die billigste Stelle
25 Cts. — 20 Pfg.

N. 9.

Donnerstag, 22. Februar.

1883.

Preis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat“.

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, begibt sich der Verlag, um die dortigen Behörden zu überzeugen, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erweitern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Sendungen nach dort abzusenden, so ist die höchste Rücksicht im Post-Verkehr notwendig und der Preis für die Postgebühren bestimmt werden, die Briefmarken über dem wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu versehen, und letztere dadurch zu sichern. Hauptforderung ist hierzu einzusetzen, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag selbst adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unerschöpfliche Quelle außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unverlässliche Zustellungsstellen mitgeteilt werden. In besonderen Fällen empfiehlt sich deshalb größere Sicherheit beim Absenden. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weder Mühe noch Kosten scheuen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Tagesordnung

für die bevorstehende Parteiberathung.

- I. Mittheilungen über Gang und Stand der Partei-Bewegung.
- II. Die parlamentarische Thätigkeit der sozialdemokratischen Reichs- und Landtagsabgeordneten.
- III. Die Stellung der Partei zu der Bismarckschen Sozialreform.
- IV. Die bevorstehenden Reichstagswahlen.
- V. Erledigung der Anträge aus der Mitte der Delegirten.

Die von mehr als 40 Delegirten der sächsischen Wahlkreise XV, XVI, XVII, XIX und XXI besuchte Konferenz hat mit Einstimmigkeit nachfolgende Resolutionen an die Allgem. Parteiberathung beschlossen:

1. Die Konferenz spricht sich entschieden gegen jede Nachgiebigkeit gegenüber den uns verfolgenden herrschenden Klassen, sowie gegen jede auf die Nachsicht der Behörden spekulirende Rücksichtnahme aus und fordert ein rücksichtslos principienfestes Vorgehen der Partei.

2. Sie erklärt sich deshalb mit dem energischen Auftreten der Genossen Bismarck, Grillenberg und Liebknecht in den Reichstagsverhandlungen über den Belagerungszustand und die Aufhebung der Ausnahme-gesetze, sowie mit der Gesamthaltung des Parteiorgans vollkommen einverstanden.

3. Die Konferenz verlangt, daß bei den nächsten Reichstagswahlen die Aufstellungen der Kandidaten nicht auf Vorschlag zu Rathe gezogener Genossen stattfinden dürfen, sondern daß die Aufstellung einheitlich organisiert werde und durch einen oder mehrere Zentral-Wahlauausschüsse im Einvernehmen mit den betreffenden Wahlkreisen erfolge.

Weiter soll das bei den letzten Wahlen verschiedentlich befolgte System der Aufstellung eines Kandidaten in einem Duzend und mehr Wahlkreisen verlassen und sollen, namentlich für Wahlkandidaturen, auch solche Genossen aufgestellt werden, welche zwar einen politisch weniger bekannten Namen haben, aber in ihren Kreisen Vertrauen genießen und eine hinreichend unabhängige Stellung einnehmen.

Eine neue Propagandabroschüre.

Schon oft ist von Seiten der Parteigenossen der Wunsch nach Vermehrung unserer Parteiliteratur ausgesprochen worden. So tüchtige Dienste das Vorhandene bisher geleistet, so macht sich doch die Thatsache, daß mehr als zwei Drittel unserer Agitationschriften Gelegenheitschriften sind, geschaffen durch die Nothwendigkeit des Augenblickes, und deshalb diesem angepaßt, immer mehr fühlbar. Wir kämpfen heute unter ganz anderen Verhältnissen als vor 10 oder 20 Jahren. Die Gegner präsentiren sich heute, gezwungen durch unsere Agitation, in ganz anderem Gewande als damals, wir erinnern nur an den Bismarckschen, den christlich-feudalen und den bürgerlich-demokratischen „Staatssozialismus“, so daß trotz ihres guten Kerns viele unserer Broschüren heute veraltet und deshalb zur Agitation unbrauchbar geworden sind.

Das ist, wie gesagt, nicht etwa nur von einzelnen Führern, sondern allgemein von den Parteigenossen erkannt und ausgesprochen worden. Aber mit dem Ruf „Neue Broschüren!“ allein war es nicht gethan, es handelte sich darum, das Veraltete nicht lediglich durch neue, sondern durch gute neue Broschüren zu ersetzen, Broschüren, die auf der Höhe der Zeit und der vorgeschrittensten sozialistischen Erkenntnis sich befinden. In diesem Sinne hat sich die Redaktion des „Sozialdemokrat“ zunächst an unsere hervorragenden Vorkämpfer gewendet, und ist heute in der angenehmen Lage, den Genossen mittheilen zu können, daß schon in den nächsten Tagen eine Broschüre in unserer Verlage erscheint, welche als eine wirkliche Bereicherung unserer Parteiliteratur bezeichnet werden darf. Sie führt den Titel: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft“.

Zügel wir noch hinzu, daß der Verfasser dieser Broschüre Niemand anders ist, als unser Genosse Friedrich Engels, so haben wir damit bereits das Genügende zu ihrer Empfehlung gesagt. Indes halten wir uns verpflichtet, den Genossen auch über den Inhalt dieser neuen Broschüre einiges mitzutheilen.

Lassen wir zunächst Engels selbst sprechen. Es heißt da im Vorwort:

„Die nachfolgende Schrift ist entstanden aus drei Kapiteln meiner Arbeit: Herrn E. Dührings Umwälzung der Wissenschaft, Leipzig 1878“. Ich stellte sie für meinen Freund Paul Lafargue zusammen zur Uebersetzung ins Französische und fügte einige weitere Ausführungen hinzu. Die von mir durchgesehene

französische Uebersetzung erschien zuerst in der Revue socialiste und dann selbstständig unter dem Titel: Socialisme utopique et socialisme scientifique, Paris 1880. Eine nach der französischen Uebersetzung ausgeführte Uebersetzung ins Polnische ist soeben in Genf erschienen und führt den Titel: Socializm utopijny a naukowy, Imprimerie de l'Aurore, Genève 1882.

Der überraschende Erfolg der Lafargueschen Uebersetzung in den Ländern französischer Zunge und namentlich in Frankreich selbst mußte mir die Frage aufdrängen, ob nicht eine deutsche Separat Ausgabe dieser drei Kapitel ebenfalls von Nutzen sein werde. Da theilte mir die Redaktion des Züricher „Sozialdemokrat“ mit, daß innerhalb der deutschen sozialdemokratischen Partei allgemein das Verlangen nach Herausgabe neuer Propaganda-Broschüren erhoben werde, und frag mich, ob ich nicht jene drei Kapitel dazu bestimmen wolle. Ich war damit selbstredend einverstanden, und stellte meine Arbeit zur Verfügung.

Da nun aber diese Arbeit ursprünglich gar nicht für die unmittelbare Volkspropaganda geschrieben war, so hat Genosse Engels nicht etwa nur die Fremdwörter, wo das nur irgend anging, aus ihr entfernt, sondern auch zahlreiche erläuternde Zusätze in den Text eingeflochten. Aber, damit nicht zufrieden, hat Engels auch noch der Broschüre in einem Anhang einen Aufsatz über die Marx'sche ursprüngliche Form des Gemeinbesitzes an Grund und Boden bei den Deutschen, angefügt, der in klarer, verständlicher Darstellung zeigt, unter welchen Umständen das heutige Privateigentum an Grund und Boden sich entwickelt hat, wie das Landvolk seit mehr als einem Jahrtausend um sein Erbe, sein „Patrimonium“, beraubt, bestohlen und betrogen worden ist — von Kirche und Staat, Adel und Geldproleten. Es ist die Frucht jahrelanger und sehr eingehender Studien, welche der Verfasser hier in so an spruchloser Form den deutschen Arbeitern zum Geschenk macht, in der Voraussetzung, sie werden dieselbe zur Agitation bei dem Landvolk gehörig verwerthen.

Und in der That, ist etwas geeigneter, das Landvolk zu revolutioniren, als der Nachweis, daß seine sogenannte Emanzipation ihm nur zum kleinsten Theil das wiedererstattet hat, was ihm durch Raub, Diebstahl und Betrug genommen worden war, daß diese selbst in Deutschland erst in die Hand genommen wurde, nachdem in Frankreich die große Revolution von 1789 mit den Vorrechten der gnädigen Herren und diesen selbst aufgeräumt hatte, und daß es erst einer zweiten (1830) und dritten (1848) Erhebung des französischen Volkes, und der an die Letztere sich anschließende Revolution in Deutschland, bedurfte, bis diese Viertelemanzipation endlich zu Stande kam? Ist etwas geeigneter, den heut unter der Hypothek- und Steuerlast zu Grunde gehenden Bauer für den Sozialismus zu gewinnen, als der Nachweis, wie frei und unabhängig seine Vorfahren unter der Herrschaft des Gemeinbesitzes an Grund und Boden lebten? Wie seine angeblichen Freunde, die Großgrundbesitzer, es gerade sind, deren Vorfahren die seinen bestohlen und betrogen haben, daß er neben ihnen nie auf einen grünen Zweig kommen wird, daß ihm nur durch die Rückkehr des Grund- und Bodens in den Gemeinbesitz und den gesellschaftlichen Betrieb des Ackerbaues geholfen werden kann, wofür keine andere Klasse heute eintritt außer der Arbeiterklasse.

Die eigentliche Broschüre besteht aus drei Abschnitten. Im ersten wird der utopische Sozialismus geschildert, erklärt, wie er entstand, und warum er, trotz der Genialität seiner Väter, utopisch sein und bleiben mußte. Der zweite Abschnitt zeigt uns den Gegensatz zwischen idealistischer und materialistischer Geschichtsauffassung, sowie die Bedeutung der Letzteren für die richtige Beurtheilung der verschiedenen Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens. Nur auf Grund der materialistischen Geschichtsauffassung ist es möglich gewesen, dem Sozialismus eine wissenschaftliche Basis zu geben, ihn aus dem Gebiet der lustigen, abenteuerlichen Phantasie in das der konkreten Forschung zu verpflanzen. Wie das aber möglich geworden ist, wie die Aufgabe gelöst wurde, und mit ihr zugleich den wissenschaftlichen Nachweis nicht von der Schönheit und Nützlichkeit, sondern von der Möglichkeit und Nothwendigkeit des Sozialismus, das finden wir im dritten Abschnitt klar und ausführlich entwickelt.

Engels sagt u. A. in seiner neuesten Broschüre:

„Die gesellschaftlich wirksamen Kräfte wirken ganz wie die Naturkräfte: blindlings, gewaltsam, zerstörend, solange wir sie nicht erkennen und nicht mit ihnen rechnen. Haben wir sie aber einmal erkannt, ihre Thätigkeit, ihre Richtungen, ihre Wirkungen begriffen, so hängt es nur von uns ab, sie mehr und mehr unserem Willen zu unterwerfen und vermittels ihrer unsere Zwecke zu erreichen. Und ganz besonders gilt dies von den heutigen gewaltigen Produktivkräften. Solange wir uns hartnäckig weigern, ihre Natur und ihren Charakter zu verstehen — und gegen dies Verständnis sträubt sich die kapitalistische Produktionsweise und ihre Vertheidiger — solange

wirken diese Kräfte sich aus trotz uns, gegen uns, solange beherrschen sie uns, wie wir das ausführlich dargestellt haben. Aber einmal in ihrer Natur begriffen, können sie in den Händen der assoziirten Produzenten aus dämonischen Herrschern in willige Diener verwandelt werden. Es ist der Unterschied zwischen der zerstörenden Gewalt der Elektrizität im Blitze des Gewitters und der gebändigten Elektrizität des Telegraphen und des Lichtbogens; der Unterschied der Feuersbrunst und des im Dienst des Menschen wirkenden Feuers.“

Und am Schluß:

„Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Waarenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten. Die Anarchie innerhalb der gesellschaftlichen Produktion wird ersetzt durch planmäßige bewußte Organisation. Der Kampf um's Einzeldasein hört auf. Damit erst scheidet der Mensch, in gewissem Sinn, endgültig aus dem Thierreich, tritt aus thierischen Daseinsbedingungen in wirklich menschliche. Der Umkreis der die Menschen umgebenden Lebensbedingungen, der die Menschen bis jetzt beherrschte, tritt jetzt unter die Herrschaft und Kontrolle der Menschen, die nun zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur, weil und indem sie Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden. Die Gesetze ihres eigenen gesellschaftlichen Thuns, die ihnen bisher als fremde, sie beherrschende Naturgesetze gegenüberstanden, werden dann von den Menschen mit voller Sachkenntnis angewandt und damit beherrscht. Die eigene Vergesellschaftung der Menschen, die ihnen bisher als von Natur und Geschichte oktroyirt gegenüberstand, wird jetzt ihre eigene freie That. Die objektiven, fremden Mächte, die bisher die Geschichte beherrschten, treten unter die Kontrolle der Menschen selbst. Erst von da an werden die Menschen ihre Geschichte mit vollem Bewußtsein selbst machen, erst von da an werden die von ihnen in Bewegung gesetzten gesellschaftlichen Ursachen vorwiegend und in stets steigendem Maße auch die von ihnen gewollten Wirkungen haben. Es ist der Sprung der Menschheit aus dem Reich der Nothwendigkeit in das Reich der Freiheit.“

Soviel für heute über unsere neueste Parteibroschüre.

Von der patentirten Ehre.

Ein weiterer Beitrag zum Thema von der freien Liebe und der Moralität der Puttkamer und Berufsgenossen.

Aus Salzwedel, einem urlokalen Städtchen der Brandenburgischen Altmark, erhalten wir folgende Zuschrift, die wir mit Vergnügen hiermit zum Abdruck bringen. Nicht etwa aus Lust am Skandal, sondern weil sie einen weiteren Beitrag zur Charakteristik jener Gesellschaft liefert, die beständig von Ehre, Moral und guter Sitte redet, als ob sie dieselbe gepachtet hätte, die sich im Gegensatz zum Volk, das sie verachtet, auf dessen Kosten aber sie sich mässt, dessen Schwelgerei verachtet, die „gute“, die „höhere“, nennt. Darüber indes weiter unten, geben wir zunächst dem Einsender das Wort:

Ein Staatsminister, und zwar ein Ständes- und Gefinnungs-genosse des Herrn von Puttkamer, wie dieser ein Focher für Tugend, Sittlichkeit und Christenthum, ist es, mit dessen hoffnungslosem Sohn wir die Leser des „Sozialdemokrat“ heute bekannt zu machen haben.

Herr von Krosigk, Staatsminister im Lande Anhalt-Desau, ist der Vater unseres „Geldes“, des Herrn Eberhard von Krosigk, zur Zeit Lieutenant im 4. Kürassier-Regiment in Münster, vorher Adjutant im 16. Ulanen-Regiment in Salzwedel. Ueber die Jugendjahre des Herrn Lieutenant ist uns leider wenig bekannt, wir müssen unsere Erzählung mit dem Aufenthalt desselben in Salzwedel beginnen. Als diesem Städtchen der Altmark die ganz besondere Ehre zu Theil wurde, den Sohn eines hochadligen Ministers zu beherbergen, da setzte dieser junge Edlmann sofort seinen höchsten Stolz darein, die ruhmvollen Uebertreibungen seiner Familie, ihre Aufkämpfungen über Moral und Ehre durch die That zu bekunden. Als echter Germane hoff er, was die Kühle nur immer herunterzubringen vermochte, und wenn er auch so manche tausend Mark auf diese Art verjubelte, so sorgte doch sein Herr Pops, der es als Staatsminister dazu hat, hochherzig dafür, daß sein Sproßling sein echt aristokratisches Leben ohne Sorgen fortführen konnte. Das Dessauische Volk bezahlte ja gern und willig. Aber nicht nur dem Gotte Bachus kundigte der junge Krieger, sondern auch der Göttin der Liebe, und wie standesgemäß er in dieser Beziehung sich aufführte, das verdient zu Ruh und Frommen der plebejischen Welt hier mitgeteilt zu werden.

Da lebte in Salzwedel ein armer erblindeter Scheerenfleischer Namens Hermann, der eine recht hübsche Tochter besaß. Es wäre nicht lange, so hätte der edle Eberhard das junge Mädchen in sein liebendes Herz eingeschlossen, feurige Erklärungen erfolgten, und siehe da, eines Tags wurde dem armen Scheerenfleischer die Ehre zu Theil, gleichzeitig mit dem Herrn Staatsminister von Krosigk Großvater zu werden. Aber, man denke! der Scheerenfleischer war damit noch nicht zufrieden, sondern bildete sich ein, Eberhard werde so ein ganz gewöhnliches, zum Plebs gehörendes Weibekind nun auch heirathen! Aber bald wurde ihm klar gemacht, daß er mit dieser Meinung auf dem Holzwege sei, eine dauernde Verbindung mit einer Schleierstochter würde die Ähnen Deere von Krosigk entehren, seine Tochter könne nie Frau von Krosigk werden. Die arme Tochter des Schleifers jammerte, sprach von Untreue und Betrach und wurde obendrein vom blinden Vater mit Vorwürfen über-

schüttelt — Eberhard aber zeigte, daß er ein Mann von Ehre sei. Edel und großmütig zahlte er 50) Thaler als Beweis, wie hoch er seine Schwüre löste, und daß er Tugend, Sitte und Moral für unschätzbar e Älter halte!

Damit war dieser „Fall“ für ihn „erledigt.“ Nun zu einem andern „Fall“:

Der Hauptwache gegenüber wohnte der Gastwirt Wettenge, und bald hatte der lähne Eberhard entdeckt, daß dieser ein blühendes, erst 15 Sommer zählendes Mädchen besaß. Der Eroberungsplan war bald entworfen: der Herr Lieutenant ließ sich vom benannten Wirt das Frühstück zur Wache schicken, und zwar mußte die schöne Bertha Bettengel selber das Frühstück dem Eberhard serviren. Es dauerte auch nicht lange, und der lähne Eberhard hatte dem jungen Mädchen eine feurige Liebeserklärung gemacht. Daß er ihm sehr liebt sei, ein unerfahrenes Mädchen zu entflammen, ist erklärlich; aus Schlichterheit verschwiegen dieses den Eltern den Vorfall und trug nach wie vor das Frühstück zur Wache. Eberhard setzte natürlich die Liebeswerbung ungehindert fort; als aber das Mädchen doch standhaft blieb, warf er sich eines schönen Tages ihr zu Füßen und erklärte es für sein Unglück, wenn sie ihn nicht erhöhe. Auf den Einwand, sie sei „ja nur eine gewöhnliche Bürgerstochter“, rief der Herr Eberhard siebglühend aus: „Ich werde Sie nie verlassen, darauf gebe ich Ihnen das Höchste, was ich besitze, mein Ehrenwort als Offizier! — O Bertha, wissen Sie nicht, was das Ehrenwort eines Offiziers zu bedeuten hat?“ — Als die Frage mit einem lauten Nein! beantwortet wurde, rief Eberhard empfindlich aus: „Ich würde von meinen Kameraden in die Acht erklärt werden, wenn ich dieses in dieser heiligen Stunde gegebene Ehrenwort als Offizier nicht einlösen würde.“ (Wörtlich.)

Nun: Bertha Bettengel wurde gleichfalls ein Opfer der Verführungskünste des schüchtern Eberhard v. Kroszig; ehe ein Jahr verging, schenkte sie einem Mädchen das Leben. Und nun zeigte es sich, was das Ehrenwort eines Offiziers zu bedeuten hat. Umsonst wurde an das Ehrenwort des Eberhard von Kroszig appellirt, er verdüsterte misfammt demselben nach Wulfert. Der Vater der Verführten begab sich dorthin und forderte Eberhard auf, als Ehrenmann sein Wort zu halten. Eberhard aber zeigte sich wiederum standhaft als Kanakier und erklärte, hierauf nicht einzugehen. Nicht einmal seinen Namen dürfe das Kind führen; auch sollte ihm keine handgemäße Erziehung zu Theil werden. „Und wenn Sie, Herr Bettengel, darauf bestehen“, rief Eberhard drohend aus, „und es soweit treiben, gerichtliche Entscheidung herbeizuführen, dann werde ich mit Ihnen ein anderes Wort reden!“

Glaube dieser Schuft etwa, das Mädchen einer feilen Dirne gleichstellen zu dürfen, sich sagend, Du hast sie mit Geschenken bedacht, nun kannst Du, wenn alle Stränge reißen, es riskiren? Oder verließ er sich auf das: „Es gibt noch Richter in Preußen? Wir wissen es nicht; genug, der Vater ging ununterrichteter Sache wieder ab, das Mädchen bleibt seinem Schmerz überlassen, und Eberhard stolziert mit seiner sondernen Offizierschere in Münster herum und hat sich jetzt mit dem Präuklein von Löpel, einer Dame seines „Gebürtens“, Tochter eines einstmalsigen Kommandeurs des 16. Ulanenregiments, verlobt. Ob Präuklein v. Löpel wohl Holz ist auf die Ehre ihres Zukünftigen? Ob sie wohl dieselbe Meinung von Ehre, Sitte u. dgl. hat?

So der Einsender. Was seine letzte Frage anbetrifft, so haben wir als Antwort nur die Gegenfrage: Warum nicht? In den blaublütigen Kreisen, deren Sitten das Gebelnde und nichtgeadete, das beschneitene und unbeschneitene Geldproleten thum slavisch nachzudenken sich bemüht, nimmt man an solch „galantem“ Abenteuer keinen Anstoß. Man heirathet ja doch nicht aus Liebe, sondern um eine handgemäße Partie zu machen und die edle Kasse fortzupflanzen. Im Uebrigen mahnt man die „Dehors“, den äußeren Schein, und kümmert sich nicht viel um einander. Namentlich dem Herrn Gemahl ist Alles erlaubt, vor und nach der Trauung. Das wird den Mädchen „vom Stande“ von Jugend auf eingeprägt.

Aber die Offizierschere, das gebrochene Ehrenwort?

Gewiß, die Offizierschere, das ist auch so ein Erzkumbug! Ja, wenn der Bursche Eberhard sich gemüthet hätte, mit irgend einem satisfaktionsfähigen Kaufbold ein Duell einzugehen, das wäre etwas Anderes gewesen, aber so einer „bürgerlichen Wans gegenüber“, da kann ja im Ernst von Ehrenwort nicht die Rede sein. O, es ist ein ganz eigentümliches Ding, diese Offizierschere. Da hüten sie ihr Corps nach Unten hin mit rührender Sorgfalt vor jedem „unwürdigen Eindringling“, da wird bei jedem blügerlichen Aspiranten auf's Beinstichste untersucht, ob auf der Familie auch nur der leiseste Makel haften, nie aber hört man, daß ein Mitglied eines Offizierkorps gegen die skandalöse Aufführung eines hochschendenden „Kameraden“ Protest eingelegt hätte, und wäre dieselbe auch so weitestant, wie die des Generalleutnants Prinz Karl von Preußen. Nicht einem Mitglied des Offizierkorps, dem dieser Wüßling angehört, hat sein „Ergeschül“ vorgeschrieben, aus einer solchen Gemeinshaft auszutreten, da er, den der sie entsehe, nicht entsernen konnte. Vorwärts Vorwärts auf der einen und ängstlicher Schluß auf der anderen Seite — das allein sind die Grundlagen dieser patentirten Ehre, die keine Schamerei verhindert, keiner Brutalität vorbeugt, die den Splitter bemerkt, den Balken aber vornehm ignoriert.

Sage man uns nicht, wir schütteln das Kind mit dem Bade aus. Wir wollen den Beweis für unsere Behauptung liefern. Von dieser Nummer werden dem Offizierkorps des westfälischen Kürassierregiments, welchem Eberhard von Kroszig angehört, mehrere Exemplare zugesandt werden; und sobald wir erfahren, daß der wortbrüchige Schurke aus demselben mit Schimpf und Schande ausgeworfen worden ist, wollen wir offen bekennen, daß wir uns geirrt, daß man auch in jenen Kreisen Verständnis besitzt für Das, was der „Pöbel“, das „gemeine Volk“, unter Ehre und Pflicht versteht.“

Oesterreichische Justiz.

Nachträgliches über den Prager Sozialistenprozeß. Prag, Ende Januar.

„Aus dem Lande der Wisla und Praxas. Vom 4. bis zum 23. Dezember v. J. war das Prager Landesgericht wiederum der Schauplatz einer jener jetzt so häufigen Gerichtsombdien, welche eigentlich eine Schande für unsere Zeit sind, deren Vorhandensein aber deutlich beweist, wie herrlich weit wir es schon in der Kultur gebracht haben. Seit die Anklage des verstorbenen Trinkgeldverwalters Dr. Wisla: „Die Sozialdemokratie ist staatsgefährlich“ von unserer allezeit verdammenswerthen Justiz zum Grundlag erhoben worden ist, tummeln unsere Themiopriester dieselbe nahehinliche Altruigkeit in der Befolgung der Sozialdemokraten, wie im Mittelalter ihre hochnothpeinlichen Kollegen gegen die Ketzer, die Jamborer und Heren entfaltet haben.

Man kann uns zwar nicht mehr soltera, rädern, röfen und verbrennen, denn die göttliche Themis steht den Janakischen in „Rückensicht“ machenden Pfaffen nicht mehr wie früher zu Gebote, dagegen ist sie bei uns in Oesterreich, wie in allen anderen Staaten, in Dienst der Regierung und der herrschenden Klassen getreten und muß nun in allen Ländern Schwert und Wage eifrig handhaben gegen die bösen Sozialisten Anarchisten, Nihilisten und noch einigen anderen isten, gleichwie ein altes Fischweib mit Wage und Messer hantiert, d. h. unsere hohen und niederen Justizaleuten lassen sich für Geld, Beförderungen im Range und andere sonstige besondere Auszeichnungen dabei, die schrecklichsten Gewaltthaten gegen die persönliche Freiheit und Sicherheit der Staatsbürger und die verfassungsmäßigen Rechte derselben, als da sind: Meinungs-, Wissens- und Pressefreiheit, Verein- und Versammlungsrechte, Koalitionsfreiheit und dergl., zu verüben.

In dem Konstreprozeß gegen 50 Sozialisten des nordwestlichen Böhmens, dessen Hauptverhandlung vom 4.—23. Dezember v. J. dauerte und wie gewöhnlich mit der Verurtheilung der meisten Angeklagten endete, lautete die Anklage bei Allen beinahe auf das Vergehen der Geheimhänderei, Verbreitung verbotener Druckschriften ausreichenden Inhalts u. dgl., des lieben Publikums wegen, der Gesellschaft einen gehörigen Kuspuy zu geben, waren aber dieses Vergehen wegen des Verbreitens der verbotenen Verleitung zur öffentlichen Gewaltthätigkeit und Genosse Leuchert wegen versuchter Majestätsbeleidigung, begangen durch Verbreitung der Nr. 19 des „Sozialdemokrat“, und durch die versuchte Verbreitung einer selbstverfaßten Widerrufsammlung: „An das von fürstlich-pöpstlichen Schergen geknechtete Volk“ angeklagt.

Es würde hier zu viel Raum beanspruchen, eine detaillierte Schilderung dieser denkwürdigen Verhandlung zu geben; ich beschränke mich daher nur auf einige allgemeine Bemerkungen.

Die Anklage in diesem modernen politischen Antodas, wie alles Gute, kam von oben. Das Material zum Scherhaufen lieferte unsere Wohlbezahnte und daher Albrechtige Polizei mit ihrer berühmten Gewissenhaftigkeit, und das Brimborium mit Kreuzfix und goldenen Krügen machte ein speziell zu diesem Zweck für ganz Böhmen (glückliches Böhmen) delegirtes viergliedriges Gerichtshof oder, wie der Staatsanwalt das Ding immer bedeutend nannte: ein „geprüfter Erkenntnisrat“, welcher aus den Landgerichtsräthen Swoboda (Präsident), Baril, Dr. Tischer bestand; als öffentlicher Ankläger fungierte der bekannte Sozialistenverfolger Staatsanwaltskandidat Schneider-Swoboda. Die Voruntersuchung hatte der alte Sänder Landgerichtsrath Kroszig geführt, mit welchem sich die Sozialrevolutionäre den schlechten Witz gemacht haben sollen, ihm in einem Drohbrief sein Todesurtheil zu übersenden.

Um die Sache in den Augen der Philister recht genzlich zu machen und sich selber das viele „Erstgenannte“ vor dem Publikum zu ersparen, beschloß der hohe Gerichtshof die Geheimhaltung der Verhandlung und schätzte wie gewöhnlich Gründe der öffentlichen Ruhe und Ordnung vor.

Die Vertheidigung hatten Herr Dr. Sigmund Wolf-Eppinger und Dr. Heinrich Glaser aus Wien für die deutschen Angeklagten, Herr Dr. Adolf Stranitzky aus Brunn für die tschechischen, übernommen.

Gleich Eingangs der Verhandlung bestritt Dr. Wolf-Eppinger die Kompetenz des Gerichtshofes im Falle Leuchert (Majestätsbeleidigung durch Verbreitung des „Sozialdemokrat“), weil dieses Delikt nach Art. 2, lit. A. Einführungsgezet der Str.-Proz. Ordnung vor die Geschworenen gehöre. Der Staatsanwalt zog daher auch noch kurzer Auseinandersetzung diesen Theil seiner Anklage zurück; im Uebrigen gab er sich redlich Mühe, seine Anklage juristisch zu begründen, was ihm jedoch schlecht gelang; obwohl man sich die meisten Belastungszeugen geradezu präparirt hatte und beispielsweise nicht schämte, einen gemeinen zur Zeit in Strafhaft befindlichen Dieb als Zeugen vorzuführen, der mit Genosse Heller in einer Inquisitionsselle gefesselt, sich mit ihm entweit und ihn schwerlich demüthigt hatte; wie man überhaupt bekanntlich Ansehens der Sozialisten auf die Mitgefängenen derselben einen lebhaften Druck ausübte. Die übrigen Zeugen, unter denen sich neun Gensdarmen, zwei Bezirkshauptleute, ein Polizeikommissär und etwa ein Duzend Zivilpersonen befanden, brachten durchweg, Dank der vortrefflichen Vertheidigung, mehr den Staatsanwalt als die Angeklagten in Verlegenheit. Dasselbe Maßheut hatte der Staatsanwalt mit den Polizeinoten, gendarmlichen Relationen und sonstigen Personalauszeugnissen.

Die Polizeinoten erwieisen sich als notariisch falsch, indem sie z. B. Personen als äußerst verdächtig bezeichneten, und welche man dieserhalb in Untersuchung ziehen wollte, die schon Jahre lang im Grabe schlummern oder in Amerika weilen. Ferner bezichtigten sie einen Genossen, am 6. Mai vorigen Jahres einer geheimen Zusammenkunft in Prag bezugnehmend zu haben, welcher damals schon seit Wochen im Kreisgerichtsgefängnisse zu Leitmeritz inhaftirt war u. s. w. Die Notizen der Behörden und Gendarmen, welche sich auf dem Papier so schönlich ausnahmen, wurden durch die unblutigen Aussagen ihrer Verfasser ganz bedeutend reduziert und abgeschwächt. Einem Bürgermeister war das Sittenzengniß eines Angeklagten, ausgegeben von Seiten der Bezirksbehörde, zur Unterchrift vorgelegt worden; er unterschrieb das seinen Ortskollegen belassende Zeugniß, ohne es gelesen zu haben. Nach Vorhalt desselben wunderte er sich, daß er so etwas habe unterschreiben können, und stellte dem Angeklagten ein besseres aus, auf Grund dessen dieser freigesprochen wurde, nachdem er zwei Monate in Untersuchungshaft gewesen. Den Bürgermeister für seinen Reichthum zur Verantwortung zu ziehen, fiel natürlich Niemand ein. Auch die auf „vertraulichem Wege“ den Behörden zugegangenen verlässlichen Mittheilungen jener dunklen Ehrenmänner, die man sonst Spitzel, Denunzianten u. dgl. nennt, erwieisen sich dort, wo ihre Verlässlichkeit eigentlich Probe halten sollte, als unwahr und unbestimmt.

Das bei mehr als 100 Handaufnahmen saßte Beweismaterial lieferte zwar den Beweis, daß der Sozialismus im nordwestlichen Böhmen eifrig propagirt wird, aber nichts, womit sich die Existenz eines Geheimbundes erweisen ließ; denn die Adressen und Listen bezogen sich auf Krankenkassenwesen, Unterstufung, Kolportage u. s. w.

Keiner der 50 Angeklagten machte bei der Verhandlung eine Aussage, mit welcher er eine Theilnahme an einem Geheimbunde, oder die Existenz eines solchen zugestanden hätte, was doch viel heißen will.

Also Pech und nichts als Pech auf Seite des Staatsanwaltes! Um nichts und wieder nichts hatte man verschiedene von den kreisenden Bergleuten in Ketten von Duz und Umgebung nach Prag geschafft, wie wilde Thiere zusammengepfercht. Familieadvokater, Erbhörer von 4 und 5 Kindern über ein halbes Jahr in Untersuchungshaft gehalten, ihr Geschäft, ihre Familien gründlich ruiniert und so eine Summe von Geld geschaffen. Die Dynamitpatronen, die alten Bischöfen, die Chiffriertafeln, die geheimen Expeditionskomites, die unsichtbaren Tinten und dergl. — das Alles war umsonst in die Anklage verflochten worden. Nirgends die Spur von einer Verschwörung oder einem Geheimbunde, desto mehr Beweis aber von einer rühmigen Propaganda der sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welche stets und immer die größtmögliche Oeffentlichkeit suchte und ihrer Natur nach suchen muß, welcher aber stets und immer seitens der L. L. Behörden durch reaktionäre Anklage des Vereins- und Versammlungsgezetes, sowie der Preßgezet und des Koalitionsgezetes, das Oeffentlichkeitsrecht systematisch entzogen wird.

Aber westwegen die Sozialdemokraten verbrannt werden müssen, das ist ja gerade dieses eifrige Agitiren für ihr Programm, dieses Agitiren verurtheilt ja dem reaktionären Gesichter die Kopfschmerzen; deswegen wurden auch „auf höheren Befehl“ die meisten der Angeklagten verurtheilt, trotzdem die Herren Vertheidiger die Unschuldigkeith der Anklage auf das Schlagendste bewiesen hatten.

Während der Verhandlung weigerten sich einige Angeklagte, Entlastungszeugen anzuführen, weil der Staatsanwalt Anfangs etliche derselben sofort als sozialistischer Umtriebe verdächtig notirt hatte. Die Angeklagten verzichteten also Angesichts solcher Zusätze auf ihr Recht, weil sie die Betroffenen nicht den Unannehmlichkeiten einer Handdurchsuchung oder gar der Inhaftirung aussetzen wollten.

Wenn im Verlaufe der Verhandlung von dieser oder jener Seite auch nur andeutungsweise im Entzerrten die Unparteilichkeit oder die Gewissenhaftigkeit des hohen Gerichtshofes in Frage gestellt wurde, dann führen diese sauberen Richter, höchstwahrscheinlich von ihren Gewissen geleitet, in die Höhe, wurden jähüberroth vor Wuth und verwahrten sich auf's Eifrigste vor solchen Anzüglichkeiten.

O, Ihr armen Richter!

Die Untersuchung dauerte, bei dem abfälligen Schneckengange des Prozeßes, bei den meisten Inhaftirten 5—6 Monate und darüber. Während

derselben wurden ihnen die eigenen Bücher unter einem nichtigen Vorwande auf Befehl des Präsidenten abgenommen; man ließ sie also quasi geistig hungern. Aus dem Benehmen eines Menschen gegen die seiner Obhut anvertrauten Personen, namentlich wenn sie, wie in diesem Falle, unglücklich und ohnmächtig sind, kann man erkennen, ob er ein sittlich gebildeter Charakter, ein Kulturmensch, oder ob er eben ein Barbar ist. Ich schon das Kenne des Herrn Landgerichtspräsidenten von Jankowsky ein wenig vertrauenswürdiges, so war dennoch Jeder, der sich genüßigt sah, ihm irgend eine Beschwerde vorzubringen, geradezu erschaut über die zynische Rohheit und büffelmäßige Grobheit dieses Patrons; und es gab oft heftige Anstöße seitens unserer Genossen mit diesem Duldenbeißer von einem Menschen, wobei ihm die Meinung immer gut und dersh gesagt wurde, was bei seinem Hochmuth recht beschämend für ihn sein mußte.

Ich will indeß nichts weiter darüber sagen, denn kommt es höheren Orts zur Kenntniß, so kriegt er vielleicht gar noch einen Orden, was ich gern verhehlen möchte; deshalb breite ich den Mantel sozialdemokratischer Rücksicht über seine anderen Mißthaten. Aber der arme Mann muß vielleicht auch nur im höheren Anstöße so brutal handeln; er soll früher nicht so gewesen sein.

Sollte da nicht vielleicht unser Justizminister, ein Herr von Praxal, der unter den österreichischen Justizkollektoren ungefähr denselben Rang einnimmt wie der Stallmeister im Zirkus, bei seinem letzten Besuche in Prag seinen gewichtigen Einfluß geltend gemacht haben? Dem Benehmen nach wenigstens soll diese edle Bedientenselbe der Reaktion verordnet haben, daß die verurtheilten Sozialisten nicht als politische Verbrecher behandelt werden sollen. Kommentar überflüssig.

Wenn man die höheren Kategorien der österreichischen Beamtenwelt betrachtet, so wundert man sich über die vielen „Exzellenzen“, die vielen „v. n.“ und die vielen Orden. Wie sind diese Leute zu ihrem Adel gekommen? Woher bekommen sie ihre Orden? Je nun, die Reichen erheben all' dies für Dienstleistungen, die einer Schurkerei so ähnlich sehen wie ein Ei dem andern. Es würde mich wundern, wenn insolge solcher Konstreprozeße nicht wieder einige neugebackene Edelleute geschaffen würden; oder sollen unsere Prager „Unabhängigen“ so genüßig sein, dafür, daß sie ungerechter Weise etliche dreißig Familien in's Unglück stürzten, sich mit einem Orden oder einer geringfügigen Dotation zufriedenzugeben?

Früher konnte ich nicht begreifen, warum der alte Adel so stolz auf eine große Reihe von Ahnen ist. Jetzt geht mir allgemach ein Licht auf! Früher, in alten Zeiten, soll man nämlich zuweilen insolge müthiger und ritterlicher Großthaten geadelt worden sein.

Da man aber heute dagegen meist charakterlose, aber desto eifrigere Schurken adelt, so sehen sich die alten Aristokraten genüßig, mit peinlicher Hartnäckigkeit auf ihren alten Stammbaum zu verweisen, damit man sie nicht so mit nichts, die nichts mit ihrem neugebackenen Standesgenossen, dem P. T. Herrn Schuft von Schufstinsky, in einen Topf werfen möge.

Alles begeben, heißt Alles verzeihen.

Im Uebrigen sympathisirt in Folge dieses Prozeßes die Bevölkerung mehr als je mit unseren Verhaftungen; viele, die sich selber nicht um uns kümmern, sind in Folge der vielen sensationellen Verhaftungen, Handdurchsuchungen u. s. w. erst recht aufmerksam geworden, und gewinnen wir täglich aus diesen Reihen neue Anhänger. Derartige Verhaftungen können nur den betroffenen Personen schaden, sie schaden Niemand, und wüthen der Bewegung, indem sie dieselbe nur noch mehr ansprechen.

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 21. Februar 1883.

— Aus dem deutschen Reichstag. Aus Berlin, 15. Februar, wird uns geschrieben: Die Zahl 13 ist eine Unglückszahl. Das hat die sächsische Regierung am 13. de. erfahren. Gelegentlich der Wahlprüfungen wurde sie auf die Anklageband gesetzt, und die plumpe Vertheidigungskrede des traurigen Beschleppschiffers Ademann, der die Stelle des freiwilligen advocatus diaboli (Anwalt des Teufels) spielte, dicte nur dazu, die Sache der Angeklagten so heillos zu verflimmern, daß dieselbe vom Reichstag fast einstimmig der nichtswürdigsten Handlungen schuldig befunden und der ganz Deutschland gebraucht wurde. „Die sächsischen Beamten haben es weit schlimmer getrieben als die preussischen Landräthe“ — „den sächsischen Behörden und der sächsischen Regierung muß tüchtig auf die Finger geklopft werden.“ — „Das ist ja ein abscheulicher Unfug“ — erdante es von fortschrittlicher, sezessionistischer und nationalliberaler Seite — wir Sozialdemokraten haben der Prozedur lachend zu —, und Niemand, Niemand, mit Ausnahme des in jeder Hinsicht bedenklischen Ademann, hatte ein Wort für die angeklagte sächsische Regierung. Herr von Rostk-Wallwitz, der Bundesratskommissar — Vetter des gleichnamigen Ministers, der sich wohlweislich fern gehalten hatte — sah wie auf einem glühenden Roß und rückte unruhig hin und her, verlegte, verzweifelte Blicke nach seinen „Kollegen“ an den Bundesratsrathlichen und seinen Freunden auf den Bänken der Rechten wendend — ein Bild des Jammers. Er sammelte ein paar Entschuldigungen und wählte u. A. die skandalösen Wahl-Bereinigungen durch die Beamten auf Konto der „Wahlfreiheit“ bringen, welche auch den Beamten nicht verflirt werden dürfe — allein durch seine albernen Entschuldigungen verschlechterte er nur noch seine Position. Und was ihn am Ärgsten wurmen machte, war die Gleichgültigkeit seiner Kollegen und Freunde, die ihn — nicht ohne sichtbare Spuren der Schadenfreude — in der Patsche ließen. Den preussischen Herren Landräthen und deren Gönnern war es ein gefundenes Fressen, daß der sächsische Amts- und Kreisoberhauptmann zum Ständenbod gemacht wurde, und die parlamentarischen Jornebilde von ihren Häuptern ablenkte.

Zu einer Sitzung des Reichstags vier sächsische Wahlen wegen der kraftlosen Unregelmäßigkeiten und Beamtenübergriße beanstandet — das ist unerhört! Und von der Wahlprüfungskommission sind schon zwei weitere sächsische Wahlen beanstandet, und werden zweifellos auch von dem Plenum beanstandet werden. (Bereits geschehen. Red.)

Die Wahlprüfungskommission hat diesmal sehr gut gearbeitet, und die Berichte, welche sie veröffentlicht hat, lassen an Schärfe nichts zu wünschen übrig. Mit besonderem Eifer trat für die Beanstandung der Leuzschauer'schen Wahl (Glauchan-Rezern) Herr Böfel ein. Das muß hier anerkannt werden, da er obgleich Böfel bei den Lesern des „Sozialdemokrat“ wegen der bekannten Affäre mit Rüdiger (nach dem Robbing-Attentat) in schlechtem Andenken steht. Uebrigens — das sei hier erwähnt — behauptet Herr Böfel auf das Entschiedenste, daß er an jener Affäre vollkommen unthätig sei, und keinerlei Bormwurf verdienen. Weit entfernt, zur Vertheidigung Rüdiger's provokirt zu haben, sei er nach Kräften bemüht gewesen, denselben gegen gewisse rohe Patrone zu schützen. Ich bin natürlich nicht im Stand, Hr. Böfel ins Herz zu sehen, und auch mit den Einzelheiten jenes Vorganges nicht genüßig vertraut, um die Behauptungen des Herrn Böfel einer thatsächlichen Kritik zu unterziehen — allein auch den Fall gesetzt, Herr Böfel schuldere die Vorgänge mehr seinen heutigen als seinen damaligen Auffassungen gemäß, so ist man ihm doch die Gerechtigkeit schuldig, von seiner jetzigen Darlegung des Sachverhalts Akt zu nehmen. Herr Böfel gehört zu den „Bekehrten“, die, gleich Lasker und Braun, über ihre Haltung im Jahr 1878, speziell ihre Bedenkselberdienste beim Sozialistengezet, Neue und Zeitnirfung ausdrücken. Immerhin ein nicht unerwünschtes Zeichen der Zeit. Durch Neue und Beknirfung schüttelt man zwar nicht die Verantwortlichkeit

*) „Was muß, das muß mich, das is Bujest!“

für begangene Sünden und Verbrechen ab, erwirbt sich aber mitunter Anspruch auf „mildernde Umstände.“

Von unserer Seite wurde durch Hasenclever auf den Doppel-
Uebelsand aufmerksam gemacht, daß die Wahlprüfungscommission, trotz
angestrengtester Arbeit der Mitglieder, in Folge von Ueberbürdung und
mangelhafter Organisation mit ihren Prüfungen und Berichten zu lang-
sam von der Stelle kam, und daß die, bei Beanstandungen von Wahlen
angeordneten Untersuchungen zu langsam geführt würden, so daß meistens
der größte Theil der Session, wo nicht die ganze Session vorübergehe,
ohne daß eine Ungültigkeitserklärung ausgesprochen werden könne. Man
gab allseitig die Mängel des jetzigen Systems zu, und wir werden bei
der ersten sich bietenden Gelegenheit auf den wichtigen Punkt zurück-
kommen.

Die dritte Lesung des Etats hat drei Tage gedauert. In der General-
debatte sprach Geiser und polemisierte gegen die fortschrittliche Spar-
theorie und Proxis, welche das Große schont und das Kleine mit Ver-
sehrerwuth angreift. Außerdem zeigte er durch genaue Berechnungen,
daß eine vernünftige Progressiv-Einkommensteuer die von den Wirth-
schafts- und Sozialreformern erprobten indirecten Steuern und Mono-
pole überflüssig machen, und die Befriedigung aller vernünftigen Staats-
bedürfnisse ermöglichen würde.

Ein kurioses Soldatenabenteuer, das Hasenclever gehabt, wurde von
diesem dem Reichstag erzählt und gab Anlaß zu einiger „Geisterlei“, so
wenig heiter es im Grunde war. Im stenographischen Bericht werden
Sie das Nähere finden.

Die Fälle von Verletzung des Briefgeheimnisses, welche im Partei-
organ gerügt worden sind, wurden von uns beim Postetat nicht zur
Sprache gebracht, weil sie sich bei weitem vortheilhafter und wirksamer
bei einer anderen Gelegenheit behandeln lassen, wo das herrschende
Polizei- und Spitzelsystem in seiner Gesamtheit und im Zusammenhang
mit dem Sozialistengesetz gezeigelt werden kann. Wird bloß die Post
angegriffen, so bleibt Herr Stephan in allen Fällen der Ausweg und
die Anrede, die Post sei ganz unschuldig und die Polizei allein habe
die Verantwortung. Dieser Ausweg muß verstopft, dieser Anrede
muß von vornherein vorgebeugt werden.

Mit Hilfe einer Abendkündigung wurde die dritte Lesung des Etats heute
beendet. Natürlich stimmten die sozialdemokratischen Abgeordneten —
und nur sie — gegen den Etat in seiner Gesamtheit.

Erst am 3. April wird der Reichstag wieder zusammentreten und
sodort die Verathung über die Gewerbeordnungsnovelle und des Kranken-
lassen-Versicherungsgesetzes beginnen. Die für beide Gesetzesentwürfe erwählten
Kommissionen haben ihre Arbeiten zu Ende geführt, und die Berichte
werden in diesen Tagen veröffentlicht werden.

Die Nationalliberalen und andere parlamentarische Hasenfüße haben
von einer drohenden Auflösung des Reichstags. Offenbar ist dieses
Schreckgespenst die Ausgeburt der Angst vor der eigenen Oppositions-
fähigkeit, — welche diesen Herren sicherlich gefährlicher erscheint als dem
Fürsten Bismarck.

— Die Gesunden bedürfen des Krates nicht, wohl
aber die Kranken. So heißt es im Neuen Testament, die christlichen
Leute des neuen preussisch-deutschen Reichs aber denken umgekehrt: erst
die Gesunden und dann die Kranken. Das zeigt sich wieder einmal ganz
besonders deutlich in der Behandlung der Militärpensionsfrage.
Gesunde, künftige Leute aus dem Offiziersstande werden massenhaft pen-
sionirt, angeblich, um einen „schneidigen“ Offiziersstand zu erhalten, that-
sächlich aber nur aus dem einzigen Grunde, damit sie dem Avancements-
bedürfnis ihrer „Kameraden“ nicht im Wege stehen, besonders denen vom
Adel. Ein kürzalischer Hauptmann, das läßt sich noch bei dem großen
Bedürfnis nicht vermelden, ein bürgerlicher Major aber, das ist ein sehr
fataler Ding, weshalb von 100 bürgerlichen Hauptleuten 99 an der
Majoratete „umfallen“ und auf Kosten des Staates, d. h. der Steuer-
zahler, pensionirt werden. Aber auch abelige Offiziere müssen daran
glauben, und so kommt es denn, daß schon heute unter der Wirkung des
bestehenden Militärpensionsgesetzes die aktive Dienstzeit der
Offiziere durchschnittlich 22 1/2 Jahre, der Pensionsstand durch-
schnittlich 15 1/2 Jahre dauert. So erklärt es sich ferner, daß das
deutsche Volk ein pensionirtes Offizierscorps erhalten muß von

537 Generalen,
659 Obersten,
659 Oberstleutenants,
1622 Majors,
1770 Hauptleuten und Rittmeistern,
1949 Rentenanwärter.

Dabei ist der nicht auf dem Invalidenfonds stehende bayerische
Pensionsstand noch nicht mit eingerechnet. Die Pensionen für
jene Offiziere betragen jährlich 23 Millionen Mark.
Das ist eine Summe, größer als diejenige, welche
die deutschen Einzelstaaten an Zuschuß für die
Unterhaltung der Volksschule und Volksschullehrer
leisten.

Aber das genügt Wilhelm und seinen militärischen Rathgebern noch
nicht. Und so haben sie denn eine Novelle zum Militärpensionsgesetz ein-
gebracht, nach welcher die Pensionen — der Offiziere natürlich — auf-
steigend um circa 25 Prozent erhöht werden sollen. Das würde jährlich
ungefähr 2-3 Millionen mehr betragen, als heute schon bezahlt wird,
bezahlt wird an Leute, die weiß noch sehr arbeitsfähig sind: denn das
durchschnittliche Pensionsalter im Offiziersstande beträgt 39 Jahre.
Haben die Premierlieutenants, Hauptleute „a. D.“ Geld, so amüßten
sie sich als Staatsbediensteter, haben sie keines, so melden sie sich zu
allen „Landesgemäßen“ Beschäftigungen zu wahren Zummerpreisen, da
sie ja ihre Pension nebenbei beziehen, d. h. machen den Privatpersonen
Schmähkonkurrenz.

Der Unwille über diesen Unsin ist im Lande ziemlich allgemein, und
so zeigte sich auch der Reichstag der Novelle gar nicht sehr günstig, trotz-
dem die konservativen und kirchlichen Junker über diese Schädigung der
Wehrkraft“ Jeter schrien. Aber Wilhelm läßt nicht so leicht loden,
wenn es sich um sein liebstes Militär handelt. Der Reichstag war in
der Streichlaune — hat er doch vom ganzen Etat, der mehr als 500 Mil-
lionen beträgt, wirklich ca. 13 Millionen abgegriffen! — da galt es also
nächst, Zeit zu gewinnen. Und wer erwies sich da wiederum als die
allezeit gefügigen Diener? Die Ultramontanen, Windthorst voran.
Es war eine herrliche Komödie, die da aufgeführt wurde, unter dem
Motto: Der Kaiser wünscht es. „Der Kaiser wünschte“, daß der Ent-
wurf ganz unverändert nach der Vorlage angenommen werde, und der Kaiser
wünschte ferner, daß der Antrag, nach welchem auch die höheren Militärs,
die pensionirten Offiziere zu den Kommunallosen herangezogen werden
können, abgelehnt werde, und weil es der Kaiser wünschte, darum drohte
der Kriegsminister mit Entlassung, darnach ward hinter den Kulissen
des Reichstags getuschelt und geschwiegt, und weil es der Kaiser wünschte,
darum beantragte Windthorst in der Sitzung vom 12. Februar Zurück-
gabe dieser im Prinzip bereits erledigten Beschlüsse an die Kommission und
Verpflüchtung dieser am sieben Mitglieder, damit die neu hinzukommenden
Vertreter des Zentrums und der Nationalliberalen den Ausschlag im
Sinne des Kaisers geben können. Und konservative, Centrum und
Nationalliberale stimmten einmüthig für die Verthugung. So wird auch
wenn die Osterferien vorüber, während deren der „Apparat“ arbeiten kann,
der Schlussschreib lassen, das Volk wird wieder neue Lasten aufgeschul-
det werden, den Kommunen wird die gewünschte Entlastung verweigert
werden — weil der Kaiser es wünscht. Und wieder ist es das Centrum,
sind es die Streiter für Wahrheit, Freiheit und Recht, welche nach

rechts einschwenken. In der That, Genosse Kayser hat den Nagel auf
den Kopf getroffen, als er den Herren jüngst zurief: sie werden von
Tag zu Tag nationalliberaler.

Die Herren Offiziere a. D. aber, und diejenigen, welche es werden
wollen, sind schon heraus.

Dies die eine Seite der Frage, nun aber die Rehrseite der Me-
daille. Von Berlin geht uns der nachstehende Brief zur Veröffent-
lichung im Parteiorgan zu:

„Als sich nach dem Kriege von 1870-71 auf Schritt und Tritt die tiefen
Wunden offenbarten, die derselbe auch dem siegreichen Volke geschlagen, be-
eiferten sich die Nordpatrioten, durch Einbringen und Annahme des Reichs-
invalidengesetzes und Gründung des Invalidenfonds zu beweisen, daß
„das Vaterland“ nicht nur Opfer an Gut und Blut seitens der Ange-
hörigen verlange, sondern daß es auch die in seinem Dienst empfangenen
Wunden wieder heile, daß es für die Invaliden und die Hinterbliebenen
der Gefallenen glänzende Sorge und ihnen eine sichere und sorgenfreie Zu-
kunft gewähre. Wenn sich auch schon mancher Fragezeichen erhoben hat
gegenüber dieser Behauptung von der gesicherten und sorgenfreien Zukunft
der Invaliden, und Mancher mit seinen Ausprüchen auf Pension abge-
wiesen wurde, der sein einziges Gut, seine Gesundheit und seine Arbeits-
kraft vor Sedan oder vor Paris für immer verloren hat, weil er die
Ursache seines Siechtums formell nicht genügend nachweisen konnte, so
ist es doch geradezu unerhört und eine Schande für unsere Nachhater,
daß Denjenigen, welche die größten Qualen ausgestanden haben, welche
die schrecklichsten und entsetzlichsten Folgen aus dem Kriege heimbrachten,
meist jegliche Unterstützung verweigert wurde. Und wer kann wohl größere
Leiden und Qualen ausgestanden haben als die Krumpen, die von den-
selben so erschüttert wurden, daß sie darüber ihren Verstand verloren,
die in Folge der schrecklichen Ereignisse, der Ueberanstrengungen und
Entbehrungen des Krieges irrsinnig wurden? Nun, die meisten dieser
Allerärmsten sind thatsächlich von den „Wohlthätern“ des Reichsinvaliden-
fonds ausgeschlossen!

Der Oberarzt an der Irrenanstalt Berned in Bayern, Dr. Schwaab,
führte auf der diesjährigen Versammlung der deutschen Irrenärzte in
Eisenach den Nachweis, daß zwei Drittel der geisteskranken Kriegsinvali-
den ohne eigenes Verschulden deshalb keine Pension, resp. Unterstützung
erhalten haben, weil sie entweder ihres Zustandes wegen nicht in der
Lage waren, vor dem Ablauf des im Reichsinvalidengesetz auf den 20.
Mai 1875 festgesetzten Präkursstermins überhaupt Besuche einzureichen,
oder weil die schließende Krankheit erst nach Ablauf dieses Termins zum
vollen Ausbruch gekommen ist.

Nur in Württemberg ist in einzelnen Fällen geisteskranken Invaliden
auch nachträglich die Pension gewährt worden, wenn der Nachweis ge-
führt werden konnte, daß Geisteskränkung zur Zeit des Präkursstermins
bereits ausgebrochen oder in der Entwicklung begriffen war. Daß auch
dies bei dem traurigen Zustand der Betroffenen oft nicht möglich ist,
liegt auf der Hand; daher auch hier nur in einzelnen Fällen das Ver-
säumte nachgeholt wurde.

Für die Schmarotzer am kaiserlichen Hoflager, für die Willow, Biecher,
Roth, v. d. Goltz, Albedyll, Verdy du Vernois, Lehndorff, Kozimil,
Lindquist, Wobell, Walzerse, Branchyly, Brösche, Wilimowski zc. zc.
— für diese wird gewiß auf's Beste gesorgt, und Deuten werden die
ungeheuerlichsten Liquidationen ohne allen Anstand honorirt. Daß sich
aber für die armen irrsinnigen Invaliden bis jetzt auch nur eine dieser
Säulen des Reichs oder der milde Wohlthun oder der milde Fritz selbst
verwendet, davon hat man noch nie etwas gehört.

Die Gesamteinkünfte des preussischen Königshauses belaufen sich gegen-
wärtig, abgesehen von dem Privatvermögen der einzelnen kaiserlichen Per-
sönlichkeiten bloß auf 16,719,000 M. jährlich.

Wohnte doch einer unserer Reichstagsabgeordneten bei den Budget-
verathungen sich dieser besagten Opfer des Krieges annehmen, ihre
traurige Lage zur Sprache bringen und darauf dringen, daß auch ihnen
gegesslich die Unterstützung gewährt werde, auf die sie und ihre Angehö-
rigen thatsächlich doch vollen Anspruch haben.“

Soweit der Brief, der trotz oder gerade wegen seiner einfachen Sprache
keines Kommentars bedarf.

Für die gesunden Pensionäre, d. h. die Offiziere, wird gesorgt, die
kranken Invaliden aber läßt man verkommen.

Und das renommirt noch mit seinem praktischen Christenthum

— Aus der „guten Gesellschaft.“ Anfangs dieses Monats
„beglückten Ihre Majestäten der König und die Königin von Sachsen“
das belagerungszuständige Leipzig mit ihrem „allerhöchsten Besuch“ und
stuteten einen solchen auch dem Theater ab. Natürlich war dasselbe an
dem betreffenden Abend von der Geburt- und Finanzministerie und
der hohen Bureaokratie überfüllt, und glänzte Alles, insbesondere die
„Damenwelt“, in den reichsten Toiletten. Man hätte entsprechend einer
solchen Versammlung „gebildeter und geistreicher Elemente“, der „Crème
der Gesellschaft“, auch eine geistig anregende Aufführung erwarten sollen,
etwa ein klassisches Drama, ein schönes Lustspiel oder eine unserer besten
Opern. Statt dessen ward „auf allerhöchsten Befehl“, wie der
Theaterzettel ausdrücklich ankündigte, eine geistlose Posse, „Kry-
byry“, ein ganz erbärmliches Nachwerk, vorgeführt, woran sich die
hohe Versammlung erbaute und ergötzte.

Kann die geistige Verkommenheit unserer höchsten und allerhöchsten
Gesellschaft sich niederschmetternder charakterisiren?

In Berlin besucht Se. Majestät der Kaiserin mit Vorliebe das —
Ball, das kaiserliche Königspaar amüßert sich auf einer Festrreise an einer
erbärmlichen Posse!

Das entspricht genau dem Durchschnittsgrad von Bildung und Moral,
den unsere herrschenden Klassen besitzen. Das Dresdener Hoftheater hat
die Gplogeneit, an einem bestimmten Tage jeder Woche ein klassisches
Drama (Tragödie oder Schauspiel) zu geben, aber diese Vorstellungen,
von einem gut geschulten und ausgebildeten Personal angeführt, sind
von Seiten des Hofes, der Aristokratie und Bourgeoisie meist äußerst
schwach besucht, nur die oberen Galerien, wo der Pöbel sitzt, sind dicht
besetzt. Ganz natürlich. Das Volk allein hat Ideale, Sinn für edle,
gehaltvolle Sprache und Gesühle, höhere Gerechtigkeit, diese Grundzüge der
Handlung, die das Drama zur Darstellung bringt. Wie können die herr-
schenden Klassen sich für Eigenschaften begeistern, die ihre Herrschafts-
stellung anschlößen, untergraben?

Wie nach dem berückichtigten Worte von Dr. Dubois-Reymond die Uni-
versitäten die Stätten sind, wo die geistige Leibgarde der Hohenzollern
herangebildet wird, so sollen die Theater die Stätten sein, wo die Kor-
ruption der Bourgeoisie und der herrschenden Klassen überhaupt dem
Volke eingepimpft wird. Daß man ab und zu der Klaffheit ein wenig
Rechnung trägt, ist nur Brimborium, Zuthat, die man anwendet, um
die wahre Absicht zu bemahteln.

Aber es naht die Zeit, wo das Volk, wie einst Christus die Händler
und Schacherer aus dem Tempel, die Korruption aus den Theatern
wirft, die Kirchen schließt und sich neue, lebensfreudige Bildungstätten
öffnet.

— Die „Frankfurter Zeitung“, schreibt uns ein Genosse,
hat einen merkwürdigen Scharsbild. Sie entdriekt die Land-
mannschaft der Menschen schon an deren Keuferem, und zwar stellt sie
solche Fortschritte an, um im Interesse der Merikalen Partei sozialdemo-
kratische Erfolge zu verkleinern. Waren da in Köln zwei Arbeiterver-
sammlungen, in welchen der katholische Gesellenverein unter Führung
klerikaler Abgeordneter mit den Sozialdemokraten saß, und in welchen den
Klerikalen eklatante Niederlagen bereitet wurden — was that nun die
„Frankfurter Zeitung“? Sie kann natürlich den Erfolg der Sozialdemo-
kraten nicht ableugnen, deshalb macht sie die Versammlungsbefucher zu
„Ausländer“, indem sie behauptet, daß die Mehrheit seiner Versamm-

lungen aus „Sachsen und Schwaben“ bestanden habe. Ganz nach be-
rühmten nationalliberalen Mustern, die früher die „unreifen jungen
Burschen“ aufmarschiren ließen, läßt jetzt das Organ Sonnemann's die
„Sachsen und Schwaben“ aufmarschiren. Da Sachsen und Schwaben
überwiegend protestantisch sind, so sollte durch die „Frankfurter Zeitung“
Stimmung dafür gemacht werden, daß die Sozialdemokraten unter den
katholischen Arbeitern keinen Erfolg erzielen können. Die Wahrheit sollte
so in ihr Gegentheil verkehrt werden. Hinzu kommt noch, daß jener
Berichtstatter wahrscheinlich gar nicht in jenen Versammlungen war, son-
dern einfach eine Photographie nach der ultramontanen „Köln. Volks-
zeitung“ geliefert hat.

Es ist überhaupt ein merkwürdiges Ding mit der Berichterstattung
der „Frankfurter Zeitung“ und mit dem „Demokraten“ Sonnemann.
Dieser „Demokrat“ ist ganz Fortschrittmann geworden und jaubert auf
sein Gesicht das süßliche Lächeln, wenn ihn der Fortschrittsbittator
Nichter einiger Worte würdigt. Spricht einmal Herr Sonnemann, so
wird, auch wenn im Reichstag kein Mensch Bankierweicheit hören will,
seine Rede in den Zeitungen Wort für Wort mitgetheilt, weil die Berich-
terstatter erhoffen, schließlich auch einmal an Sonnemann's „Frankfurter
Zeitung“ ein paar Mark verdienen zu können. So ist die Rede Sonnemann's
über die „Cimbria“-Affäre zu einem großen Erfolge aufgedauert worden.
Die Sache lag aber so, daß Eugen Richter, der erkannt
hatte, daß die ganze Interpellation verfehlt war, zurücktrat und Sonnemann
vortreten ließ, der sich glückselig fühlte, im Namen der vereinigten
Fortschrittpartei und „Demokratie“, rocto Börsendemokratie,
zu reden. Und „schön“ war diese Rede. Nach der „Frl. Ztg.“ soll Herr
Sonnemann das in den Zeitungen vorhandene Material
brillant beherrscht haben, im Reichstag aber wurde be-
hauptet, daß er sogar die Zeitungsausschnitte, welche die
„Frank. Ztg.“ nicht brauchen konnte, zu seiner Rede verwendet habe.
Man denke, welcher Hochgenuß!

— Preussisches aus Sachsen. Vorigen Donnerstag mußte
Genosse Preißer sich im Bezirksgefängnis Grimma stellen, um die
ihn auf Kommando des sauberen Reichsgerichts nachträglich zubüßten
zwei Monate für das bekannte Kuer'sche Flugblatt zu „verbüßen.“ Er hatte
an die zustehenden Behörden das Gesuch gerichtet, die Strafe in Leipzig
abzußen zu dürfen, weil er dort Verwandte und Freunde hat, die ihn
mit Betrug, Wähe, Bückern u. s. w. versehen könnten. Das Gesuch
wurde jedoch abgelehnt, wodurch der Justiz und den Behörden absolut
kein Vortheil, dem Genossen Preißer aber bedeutender Nachtheil er-
wächst. Es geht das zur „sächsischen Bemerklichkeit“, die nenerdings
zu so hoher Berühmtheit gelangt ist und — zu noch höherer gelangt
wird. — Genosse Babel wird am 9. März sein Strafenstrafum absolviert
haben.

— Aus Dresden, den 16. Februar, schreibt man uns: Unsere
„gemüthliche“ Regierung hat Pech — vor 14 Tagen mit dem Campagné
Schmidt, vor drei Tagen die Wohnung mit den beanspruchten Wahlen.
Herr v. Rostiz-Wallwitz hat es natürlich soweit gebracht, daß Sachsen
wieder einmal, wie zur Blüthezeit des Herrn Beuß, der verrauschte
Staat Deutschlands ist. Für die Justizcorde mit Schmidt ist es
übrigens bezeichnend, daß hier Niemand glaubt, der biederer Schmidt
werde seine Strafe bis zu Ende abzußen, sondern vielmehr alle Welt
der Ansicht ist, der Edel werde gelegentlich, unter anderem Namen und
mit geklärter Tasche, drüben in den Vereinigten Staaten ankommen. Es
ist dies sehr wahrscheinlich und man wird wohl thun, den amerikanischen
Genossen eine Photographie und den Stechbrief des königlich
sächsischen Polizei-Vertrauensmannes, Spieß, Spießhaken und Betrügers
Schmidt zu übermitteln.

Unser Paul, der Freund des Schmidt, befindet sich in einem Zu-
stand hochgradiger Aufregung. Jedesmal, wenn er einem Parteigenossen
begegnet, wird er feuerroth und grüßt entweder verlegen oder blüht
anderemod. Wird er im Ante bleiben? fragen optimistische Leute.
Warum nicht? Wird Herr v. Rostiz-Wallwitz im Ant bleiben?
Das wäre die richtige Frage. Herr Rostiz-Wallwitz ist der Hauptkühn-
— und Herr Rostiz-Wallwitz denkt nicht daran, zurückzutreten. Sache
unserer Landtagsabgeordneten ist es, ihm in der nächsten Kammeression
den Standpunkt klar zu machen und den Spiegel seiner — Kobleise und
Kavalieretugend vorzuhalten.

— Was ist ritterlich? In der Reichstagsitzung vom 14.
Februar zeigte der „schneidige“ Krawasser von Schorlemer-Kiß
— engerer Kamerad des in unserem zweiten Leitartikel gekennzeichneten
Herrn von Krasig — das er sich mit seiner Offiziers-
seiner ritterlichen Sinne und seinem bekannten Programme „für Wahr-
heit, Freiheit und Recht“ sehr wohl verträgt, ganz erbärmlich zu denun-
zieren. Der ultramontane Junker renommirt nämlich damit, daß er
den guten Kaptegriff noch von 1849 her habe, wo er unter dem Prinzen
von Preußen „gegen die Revolution gekämpft habe“, und setzte dann
hinzu, „eine Thätigkeit, die allerdings ein Parteigenosse des Herrn Richter
als den Thut des Satelliten des Tyrannen bezeichnete“. Hört! hört!
rufen Zentrumsleute und Konservative in schneidiger Entzückung,
während Genosse Kayser, und die Raten der gesunkenen Freiheits-
kämpfer hatten diese Gemüthung verdient, „Sehr richtig!“ rief. Sodort
wandte sich der westfälische Junker gegen ihn: „Der Herr Abgeordnete
Kayser sagt: sehr richtig! — Ich gratulire ihm zu dieser Bemerkung“ —
Bravo! rechts und im Centrum verzeichnet der Bericht — „er wird viel-
leicht wissen, daß der damalige Prinz von Preußen jetzt Seine Majestät
der Kaiser ist.“

Allerdings mußte Kayser das, und daß er trotzdem sehr richtig! rief,
macht ihm alle Ehre. Das ist aber für die Beurtheilung der Handlungs-
weise des edlen Herrcherrn von Schorlemer-Kiß gleichgültig. Er hatte die
Klichkeit, zu denunzieren, nach oben hin zu denunzieren, denn er
weiß, daß Wilhelm diese Debatte (es handelt sich ja um's liebe Militär!)
eifrig studirt. Deshalb dieser ganz unmotivirte Ausfall gegen Eugen
Richter und die Schwentung gegen Kayser, als Richter schwieg. Die Be-
sehtgen beschimpfen und vor dem Sieger kriechen — in der That, sehr
tapfer, sehr ritterlich!

— Vorwärts, immer vorwärts! In Limmer bei Han-
nover wurden am 31. Januar bei der Gemeindevorwahl zwei
Parteigenossen einstimmig, bei der Schulvorwahl eben-
falls zwei Genossen mit absoluter Mehrheit gewählt. Bravo!

— Ferner was, dann kannst Du was! Die Kaiserin von
Oesterreich nimmt jetzt, wie die Zeitungen melden, Unterricht im Fechten.
Verschiedene Zeitungen halten sich darüber auf und meinen, das sei doch
eigentlich recht unweiblich. Wir dagegen finden es von der „Amazonen auf
dem Throne“ sehr vernünftig, daß sie sich bei Zeiten darauf einübt,
ihren Lebensunterhalt einmal durch — Fechten zu gewinnen.

— England. Es geht vorwärts! Aus Newcastle on
Tyne erhalten wir folgende Zuschrift:

„Seit einigen Tagen spielen sich hier Dinge ab, die einer Erwähnung
im Parteiorgan werth sein dürften, da sie der erste Versuch englischer
Arbeiter sind, der liberalen Partei selbstständig gegenüberzutreten, und
vielleicht eine Wendung in der englischen Arbeiterbewegung herbeiführen
werden.“

Einer der Vertreter der Stadt Newcastle, Athon Dille, hatte
frankheitsvoller sein Mandat niedergelegt, und der hiesige liberale Verein
hatte nichts Geringeres zu thun, als einen der liberalen Wortführer, John
Morley, Festiger der Londoner „Pall Mall Gazette“, sich zu verschreiben,
während, in den Arbeitern wie immer ein williges Stimmvolk zu finden.
Alein schon längere Zeit hat sich bei einem Theil der englischen Arbeiter

*) Man sieht, die patentirte Ehrhaft in unserem materiellem Zeitalter
gleichfalls sehr auf gute Bezahlung

